

Staat garantiert Einlagen bis 100.000 €

VERTRAUENSKRISE. Tausende Sparer ziehen ihr Geld von den Banken ab und legen es beim Staat an. Die EU-Finanzminister reagieren darauf mit einer deutlichen Anhebung der Einlagensicherung.

VON REGINA PÖLL
UND CHRISTIAN HÖLLER

LUXEMBURG/WIEN. Auf die Bundesschatzscheine der Republik Österreich hat im Zuge der Finanzkrise ein regelrechter „Run“ eingesetzt. Denn hier wird das Geld direkt beim Staat veranlagt. Der Ansturm ist so groß geworden, dass die zuständige Bundesfinanzierungsagentur die Zinsen senken musste. Für eine Laufzeit von einem Monat gibt es nur noch 3,6 Prozent. Nach Abzug der Kapitalertragssteuer und der Inflationsrate ist dies ein reales Verlustgeschäft.

Dennoch standen am Dienstag die Leute vor den Türen der Staatsagentur Schlange, um ein Konto zu eröffnen. Laut „Presse“-Informationen wurden in den vergangenen Monaten hunderttausende Euro von den Banken zum Staat transferiert. Insgesamt sollen schon 1,1 Milliarden Euro in „Bundesschatze“ veranlagt sein.

Gegen die sich ausweitende Vertrauenskrise der Bankkunden versuchen die EU-Finanzminister in Luxemburg zu steuern: Wer in der EU Geld anlegt, soll bis mindestens 50.000 Euro „sicher“ sein. Das heißt: Geht eine Bank pleite, fällt der Sparer nicht um das Geld um. Sondern der Staat springt ein. Die Nationalstaaten dürfen aber über dieses Limit von 50.000 Euro hinausgehen, so die Minister in ihrer Schlussfolgerung.

